

# 6. Ordentliche Generalsynode.

Berlin, den 11. November 1909.

13. Plenarsitzung.

Synodale v. Weß berichtet über die Vorlage des Oberkirchenrates betr. Wänderung des von der Generalsynode 1907 beschlossenen

## Kirchengesetzes über das Pfarrbesetzungsrecht.

Das Gesetz ist aus dem Verlangen herausgeborn, den berechtigten Ansprüchen des Oberkirchenrates bei Besetzung von Pfarrstellen entgegenzukommen. Er hat die Militär-, Landbesetzungs-, Strafanstalts-, Innere Missions- und Auswärtigen Missionsstellen, soweit die Gemeinden der letzteren Landeskirche angeschlossen sind, zu versorgen. Er bedarf jährlich etwa 50 Stellen, dazu kommen Ansprüche, die von diesen Geistlichen wegen persönlicher Verhältnisse oder wegen ihrer Beteiligung im Gemeinde-Interesse gemacht werden. Deshalb hat das Kirchenregiment die Hilfsprediger zu versorgen.

Das Neue gegen das Gesetz von 1907 liegt im vorliegenden § 4, des Inhalts:

Die Bestimmungen der §§ 1—3 werden hinsichtlich aller beim Inkrafttreten dieses Kirchengesetzes bereits bestehenden Pfarrstellen oder der später zu errichtenden Pfarrstellen privaten (einschließlich der kaiserlichen und Landesbesetzungs-) Patronats wirksam erst mit dem Erlaß eines Einsetzungsgesetzes, welches die Einschränkung des Besetzungsrechtes bei Stellen privaten Patronats regelt.

Das ganze Gesetz wird in erster Lesung mit großer Mehrheit angenommen. Es folgt die

## 2. Lesung des Gesetzes betr. das Verfahren bei Beanstandung der Lehre von Geistlichen.

Nach einem Uebereinkommen wurden die drei Gruppen mit dem Uebereinkommen gewünstigt. Kurz werden einige bereits eingegangene Anträge erörtert. Eine lebhaftere Debatte entzündet sich bei dem Antrage, anstatt „Spruchkollegium“ zu sagen „Spruchhof“ oder „Spruchrat“. Wird abgelehnt.

Das ganze Gesetz wird nach Erklärungen der verschiedenen Gruppen im Namen der Konfessionellen Syn. v. Jagem, der Positiven Union Syn. Graf v. S. H. v. S. u. l. u. und der Evangelischen Vereinigung Syn. v. P. h. e. m. e. l. u. b. angenommen.

Der Bericht über die Denkschrift des Oberkirchenrates betreffend

## Religionsunterricht in den höheren Schulen

über die Anträge der Synodalen D. Dr. F. r. i. e. s. und Egerling über denselben Gegenstand. Der Antrag der Kommission lautet mit einem Zusatz D. U. m. b. e. t.: Generalsynode wolle beschließen:

Die Generalsynode nimmt mit Befriedigung von der Tätigkeit Kenntnis, die der Evangelische Oberkirchenrat auf dem Gebiete des Religionsunterrichts an den höheren Schulen nach seiner Denkschrift entwickelt hat.

Es vertraut darauf, daß dem Religionsunterricht an den höheren Schulen der ihm durch die amtlichen Lehrpläne gewährte bestimmungsmäßige Charakter überall gewahrt bleibe und herangezogene Mithänden in entsprechender Weise entgegengetritt werde.

Es bittet den Evangelischen Oberkirchenrat, dem gesteigerten Bedürfnisse gegenüber darauf hinzuwirken, daß die Besuche der höheren Lehranstalten durch die zuständigen Generalinspektoren häufiger als bisher erfolgen können, um dadurch die Verbindung zwischen Kirche und Schule lebendiger zu gestalten.

Es nimmt mit Anerkennung von den ersten, auf die Förderung des Religionsunterrichts gerichteten Bestrebungen von Direktoren, Religionslehrern und Religionslehrer-Konferenzen Kenntnis und richtet an die Religionslehrer der höheren Lehranstalten die herzliche Bitte, sich in noch größerer Zahl als bisher an der kirchlichen Arbeit zu beteiligen.

Es richtet an die Pfarrer an benannten Orten, in denen sich höhere Schulen befinden, die dringende Aufforderung, mit den an diesen angestellten Religionslehrern auf alle und jede Weise Mithilfe zu suchen und zu halten, damit der Zusammenhang zwischen ihnen und dem kirchlichen Gemeindeleben erhalten bleibe, bzw. da, wo er gelockert ist, wiederhergestellt und so die von den Lehrplänen geforderte Erziehung der Schüler zur lebendigen Anteilnahme am Gemeindeleben immer mehr verwirklicht werde.

Es legt allen Eltern bringen ans Herz, mit immer erneuter Treue das christliche Familienleben zu pflegen, damit der Religionsunterricht der Schule im Hause die Unterstützung finde, die er nicht entbehren kann, und damit unsere Jugend vor den vielen Gefahren bewahrt bleibe, die sie auf religiösem und sittlichem Gebiete bedrohen.

Im einzelnen betont Berichterstatter, daß die Schule niemals lauwärn über das Bekanntnis zu verfügen hat und nicht der Ort ist, wo jeder Lehren kann, was ihm auf Grund persönlicher Ueberzeugung behagt. Dringend notwendig sind lebendige Beziehungen zwischen Kirche und Schule. Diefem Zwecke dienen in erster Linie die Besuche des Generalinspektors in den Schulen, die nicht zu selten sein dürfen. Der selbige jährliche Turnus ist bei der Ueberlieferung der Generalinspektoren kaum durchführbar.

Die auch von Dr. U. d. berichtet Schäden, die die Veranstaltung von den verschiedenen, gleichartigen Anträgen gesamt haben, nimmt in der Besprechung Syn. D. U. m. b. e. t. teil, und berichtet von zwei Fällen im Rheinland aus jüngster Zeit, die ihn früher in derselben Materie gefälltes günstiges Urteil über den Religionsunterricht ebenfalls erhärtet haben. Es handelte sich um ein Lehrinhaltsmemorandum und die Oberleitung eines Reaktionsplans, wo eine solche Kritik des Gotteswortes stattgefunden hat. Er würde

jedenfalls bei Wiederholung solcher Fälle ganz energisch dagegen einschreiten.

D. Dr. F. r. i. e. s. meint, daß der Oberkirchenrat, wie aus seiner Denkschrift hervorgeht, alles auf vorliegendem Gebiete getan hat, und stellt als Hauptforderung an den Religionslehrer: Heilige Schulen vor dem Gegenstand und heilige Scheu vor der Jugend.

Syn. D. B. r. a. u. n. hat in seiner stiftungsfähigen Praxis als visitierender Generalinspektor beim Religionsunterricht keinerlei Mithilfe vorgefunden. Ein Ziel müsse dem Religionslehrer vor Augen stehen: fromme und gläubige Jünglinge auf die Universitäten zu schicken.

Der Königl. Kommissar D. r. e. n. d. e. r. steht in vorliegender Frage eine der allerwichtigsten, womit sich die Synode diesmal beschäftigt hat, und gibt die Erklärung ab, daß der Oberkirchenrat aufs eingehendste erwägen wird, inwieweit die Generalinspektoren dem häufigeren Besuch des Religionsunterrichts entgegen zu sein werden können.

Syn. D. W. e. s. e. l. erörtert den Pommerschen Antrag betr.

## Besetzung der theologischen Lehrstühle

des Inhalts: Generalsynode wolle beschließen:

Unter Hinweis auf die Denkschrift des Oberkirchenrats vom 8. Oktober 1909, sowie den darauf gefaßten Beschluß der Generalsynode von 1903 priert die Generalsynode das Vertrauen aus, daß das Interesse der Kirche an der Besetzung der theologischen Lehrstühle auch fernerhin wirksam gewahrt werden wird, und überweist in diesem Vertrauen den Antrag der Pommerschen Provinzialsynode an den Oberkirchenrat.

# Halle und Umgebung.

Halle a. S., 12. November.

## Das Kegelschieben nach 10 Uhr abends.

M. Das Oberverwaltungsgericht hatte sich mit der Frage zu beschäftigen, ob das Kegelschieben unter Umständen verboten werden könne.

Der Geschäftsw. hatte vor einiger Zeit eine polizeiliche Verfügung erhalten, durch welche ihm verboten wurde, nach 10 Uhr abends das Kegelschieben zu lassen. Ein Nachbar hatte sich beschwert und erklärt, er würde durch das Kegelschieben in seiner Nachtruhe gestört. Er erhob Klage und betonte, eine Störung der Nachtruhe sei ausgeschlossen, weil auf seiner Regelbahn abends mit Gummifugeln geschoben werde, auch seien die Regel mit Gummifugeln versehen. Nachdem aber der Kreisrat ein ungünstiges Gutachten erstattet hatte, erbat er den Bezirksauschuss auf Abmilderung der Klage und erbat die polizeiliche Verfügung für aerechtigt, da für nervöse Personen das Kegelschieben nach 10 Uhr abends gesundheitsgefährlich sein könne, nervöse Personen seien aber weit verbreitet. Diese Entscheidung ist beim Oberverwaltungsgericht an und betonte, diese Gesetze seien für normale, nicht für frante Personen erlassen worden.

Das Oberverwaltungsgericht bestätigte die Vorentscheidung und führte u. a. aus, nach § 10 II, 17 des Allg. Landrechts habe die Polizeibehörde auch Anstalten zu treffen, ob einzelnen Mithilfern des Publikums bestehende Gefahren abzumindern. Bei der weiten Verbreitung der Nachtruhe habe die Polizeibehörde nicht nur normale, sondern auch nervöse Personen zu berücksichtigen; vorwiegend sei auch einwandsfrei festgesetzt, daß das Kegelschieben nach 10 Uhr abends gesundheitsgefährlich für Nachbarn wirken könne.

## Ist Kahlköpfigkeit eine Krankheit?

M. Das Kammergericht hatte darüber Entscheidung zu treffen, ob Kahlköpfigkeit eine Krankheit sei.

B. hatte gegen Kahlköpfigkeit und Haaransfall Haargromer, ein Gemisch von ätherischen Ölen, Glycerin, Alkohol, Salmiak usw. anzuwenden. Nachdem ein Sachverständiger erklärt hatte, Kahlköpfigkeit und Haaransfall seien öfters auf einen krankhaften Zustand der Kopfhaut zurückzuführen, wurde B. auf Grund der förmlichen Verordnung vom 22. Oktober 1901 und § 367, 3 des Strafgesetzbuchs verurteilt, weil er ein Gemisch, welches unter die förmliche Verordnung vom 22. Oktober 1901, alle, als Heilmittel öffentlich zum Verkauf anzuwenden habe. Das Urteil der Strafkammer ist durch Revision beim Kammergericht an und behauptete, er habe nur ein kosmetisches Mittel zum Verkauf anzuwenden. Das Kammergericht wies jedoch die Revision des Angeklagten als unbegründet zurück, indem u. a. angeführt wurde, einwandsfrei sei festgestellt, daß B. zum Verkauf ein Heilmittel zur Beseitigung von Kahlköpfigkeit anzuwenden habe, welche häufig auf eine Erkrankung der Kopfhaut zurückzuführen sei. Grundständig ist aber abzuweisen vom Landgericht anzunehmen, daß B. Beseitigungsmittel nicht als Heilmittel anzulegen seien.

## Beihilfe zur Zeisenerwerbverleihung.

Patentanwalt Sack in Leipzig berichtet uns über folgenden interessanten Streitfall:

Einer Brauerer ist eine Etikette für Flaschenbier als Warenzeichen geschützt. Diese Etiketten hatten sich beim Publikum eingebürgert, d. h. die damit bezeichnete Bierart wurde viel verkauft. Von einem Unbekannten wurde an eine Druckerei ein Auftrag erteilt, unter Ueberlieferung einer schon Etikette 4000 Stück solcher Etiketten zu liefern; jedoch wurde hierbei zur Bedingung gemacht, daß einige geringfügige Veränderungen am Etikettenbilde vorgenommen werden sollten, die auch vorgenommen wurden. Die jedoch verändert gestalteten Etiketten gelangten zur Fertigstellung, wurden aber von dem betreffenden Besteller nicht abgeholt. Seitens der Druckerei wurden die Etiketten aufgehoben, und schließlich beauftragte einer der Druckereibesitzer einen Reisenden, die stiegengelassenen Etiketten an Flaschenbierhändler zu vertreiben.

Druckereibesitzer und Reisender wurden wegen Beihilfe an der Verletzung eines Warenzeichens schuldig angeklagt und verurteilt. Die Anfertigung und der Vertrieb von geschützten Etiketten ohne Zustimmung des Schutzinhabers ist als Beihilfe zu einem

demnach mit diesen Warenzeichenbildern von einem Dritten bezugenen Vergehen gegen das Warenzeichengesetz aufzufassen, und hat dies im vorliegenden Falle auch durch Beweisaufnahme festgestellt werden können, weshalb seitens des Reichsgerichts die gegen das Urteil erhobene Revision unter Aufhebung der Kosten verworfen wurde.

## Die Errichtung von Gläubigerschutzverbänden

machst Fortschritte. In seiner letzten Sitzung hat, wie „Der Konfessionär“ mitteilt, der Verband der Großkaufleute in Magdeburg nach einem eingehenden Referat seines Geschäftsführers Dr. Süßner, über die Gläubigerschutzverbände beschließen, eine Kommission von Herren Beratern einzusetzen, die sich mit der Frage der Errichtung eines Gläubigerschutzverbandes für die Provinz Sachsen in dem sich in Magdeburg befinden soll.

Die definitive Errichtung dieses Verbandes dürfte demnach nicht erfolgen.

## Germania-Magdeburg in Halle.

Dem H. K. K. „Hohenzollern“ ist es gelungen, für den abgelaufenen S. K. 1900 Magdeburg, auf telegraphischem Wege die obige Mannschaft am kommenden Sonntag nach hier zu gewinnen. „Germania“ ist in dieser Saison einer der stärksten Gegner ihres Gewisses, was die knappen Resultate gegen den Altmeister Buxtorfa 96 2:2, sowie gegen „Halle 96“ 2:4 beweisen. Die bisherigen Treffen zwischen „Hohenzollern“ und „Germania“ endeten 4:4, und auch diesmal dürfte die Gewähr für einen spannenden Kampf geboten sein. Anfang des Spieles 3 Uhr.

## Tagesordnung

für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung Montag, den 15. November, nachm. 4 Uhr.

### Öffentliche Sitzung.

1. Vereidigung und Einführung zweier unbesoldeter Stadträte.
2. Interpellation betr. den Turnverein „Fichte“.
3. Genehmigung der Vorlage wegen Erwerbes des zum Schutz der Passagiergeminnungsanlage für das Pumpwerk II erforderlichen Landes.
4. Genehmigung des Projekts zu den Instandsetzungsarbeiten auf dem Stadteute am Pöhlberger Wege.
5. Genehmigung des 1. Nachtrags zur Satzung für die Spartasse der Stadt Halle a. S. vom 15. Dezember 1908.
6. Verkauf der Bauplatze Nr. 18 an der Landstraße.
7. Verkauf der Bauplatze Nr. 18 an der Kahlköpferstraße.
8. Verkauf der Bauplatze Nr. 24 an der Reifstraße.
9. Verkauf von Land, welches fluchtlinienmäßig zum Grundstück Friedrichstraße Nr. 68/69 entfällt.
10. Aendererwerb vom Grundstück Aufgasse 3.
11. Aendererwerb vom Grundstück Parfüßerstraße Nr. 11.
12. Bewilligung der Mittel zum Erwerb des vom Grundstück Metzerstraße Nr. 2 zur Straße entfallenden Landes.
13. Aendererwerb vom Grundstück Adolfsdenweg Nr. 20.
14. Aendererwerb vom Grundstück Burgstraße Nr. 4.
15. Aendererwerb von den Grundstücken Schmeierstraße Nr. 7/8 u. Aufgasse Nr. 7.
16. Beschaffung von Einrichtungsgegenständen pp. für das Stetehaus.
17. Nachbewilligung für das Nahrungsmittel-Untersuchungsamt.
18. Bewilligung eines Zuschusses für den Hauptlegereverein.
19. Mitteilung des Magistrats betr. den Ausbau des westlichen Teiles der Artilleriestraße und Petition Reineke.
20. Antrag betr. den Bau von Kleinwohnungen.
21. Entlastung der Rechnung über Kapitel XIII — Bauwesen — für 1908.
22. Desgleichen über den Pfalterungsfonds für 1908.
23. Desgleichen über das Bankkonto „Ringstraße um den Kaiserplatz und angrenzende Straßen“.
24. Desgleichen über Kapitel X — Schulwesen — für 1907.
25. Desgleichen über das Bankkonto „Spartasse Nord“.
26. Desgleichen des Landweh-Darlehens-Rückstellungsfonds für 1908.
27. Bericht zur Gottesackerarbeiten-Rechnung für 1906.
28. Entlastung der Rechnung über Kapitel XI — Armenwesen — für 1907.
29. Entlastung der Rechnungen des Schlachthofes und Viehhofes für 1907.
30. Desgleichen über 11 verschiedene Fonds pp. für 1908.
31. Desgleichen über 6 kleinere Einnahmen pp. für 1908.
32. Entlastung der Rechnung der Paul Riebeck-Stiftung für 1908.

### Geschlossene Sitzung.

33. Wahl eines Mitgliedes und eines Stellvertreters für die Gebäudeverwaltungs-Kommission.
34. Benennung eines Polizeiergenten.
35. Annahme eines Kapitals zur Unterhaltung eines Erbegräbnisses auf dem Südriedhofe.
36. Wahl eines Pflegers für den 19. Armenbezirk.

Der Stadtverordneten-Vorsteher. Stehner.

Personenverbindungen innerhalb des Ober-Polizeidirektionsbezirks Halle. Angenommen sind als B. Agenten der Rentner Braun in Giersleben, der Zimmermann Köster in Tromsdorf und der Tischlermeister Wagner in Ströbberg — Ernannt sind zu B. Agenten die Polizeigehilfen Amen in Halle, Berndt in Corbetta, Knopf in Gölde, Schloßbach in Klostermansfeld und Bernhard Tanneberg in Cönnern. — Staatsmäßig angeklagt sind als Telegraphenmechaniker der Telegraphenbühnenanleger Taeger in Wittenberg, als Telegraphengehilfen die Telegraphengehilfen Henschel und Elie Wohlfahrt in Halle. — Verurteilt sind der Polizeimeister Keller von Teuchern nach Pöhlweiler (G.), die Polizeiarzte Burdardt von Zeig als Polizeiarzt nach Teuchern, Reichenbach von Weisenfels als Ober-Polizeiarzt nach Gellentirchen, die Polizeiarzten Otto Richter von Halle nach Köpchen, Ottmann von Hettstedt nach Giersleben und weiter nach Ermsleben, Hermann Deusch von Artern nach Hettstedt und weiter nach Gersteth, Rietzen von Cönnern nach Artern, Kurt Fische von Cölde nach Hamburg, Kerl von Hamburg nach Cölde, Grumme von Halle nach Tromsdorf, Wolter und Rieg von Halle nach Klamburg a. S., Franz

## Jäckchen u. Paletots

für Mädchen jeden Alters

Reizende Neuheiten.

Grösste Auswahl.

19068

Bekanntlich am billigsten bei

*Reinhold*

*Levendahl*







Lesen und dann weitergeben.

# Liberaler Wähler-Zeitung

für den Reichstags-Wahlkreis Halle-Saalkreis.

Herausgegeben von dem Verein der Liberalen in Halle und dem Saalkreis.

Der Kandidat der vereinigten bürgerlichen Parteien ist der Stadtverordnete

## Georg Reimann in Berlin.

Achtung Wähler! Die Wahlfreiheit ist durch Einführung der Wahlkuverts gesichert.  
Der Wahlakt dauert — darauf machen wir ausdrücklich aufmerksam — am 26. November  
von vormittags 10 bis abends 7 Uhr.

### Aufruf!

Wenigstens erlag unser unvergeßlicher Karl Schmidt seinem langen Leiden. Der Verlust des durch hingebenden Gemein-sinn vorbildlichen wackeren Mannes stellt den am heißesten mitwirkenden Wahlkreis vor die schwere Aufgabe einer Er-satz-wahl.

Der Ernst der Lage ist nicht zu verkennen. In der Volks-vertretung wie in der Leitung des Reiches ein Wechsel von un-ersetzlicher Tragweite. Dazu eine Reihe neuer Steuern, deren Last in allen Schichten des Volkes drückend empfunden wird.

Aber auch in dieser schweren Zeit wird der entschiedene Liberalismus wie im Jahre 1907 seinen Mann stellen.

Auch damals rechnete das feindliche Lager bestimmt auf einen Sieg und erlitt eine schwere Niederlage. In jener Zeit wurde zur Gewißheit, was schon die Erfahrungen früherer Jahre lehrten:

Nur ein Bewerber, der auf dem volkstümlichen Boden der Freisinnigen Partei steht, ist in Halle dem Ansturm der roten Internationalen gewachsen. Wer sich hier behaupten will, muß unerschütterlich eintreten:

Für eine von allen Sonderinteressen, von Bevor-zugungen einzelner Stände und Erwerbstreibe freie, fort-schrittliche Ausgestaltung des Gemeinwesens und für die Anantastbarkeit des bestehenden Reichstagswahlrechts, für Entwicklung eines wahrhaft konstitutionellen Ver-fassungslbens, das dem gebildeten aller Völker die ihm zukommende Selbständigkeit verbürgt,

für Gleichheit vor dem Gesetz auf allen Gebieten, für eine nur die leistungsfähigen Schultern treffende, gerechte Besteuerung, die der Finanznot dauernd abhilft und den Unbemittelten schon.

Einen Mann, der solche gesunden liberalen Anschauungen hochhält und in selbstloser Treue betätigt, haben wir in dem

Fabrikanten Georg Reimann in Berlin

gefunden.

Gleich unserem Karl Schmidt hat er sich in seiner Vater-stadt ehrenamtlich jahrelang dem Dienste der Gemeinde voll Eifer gewidmet. Eigene Kraft hob ihn aus kleinen Anfängen

zu angesehener Stellung, die ihm völlige wirtschaftliche Un-abhängigkeit gewährleistete. Von seinem warmen sozialen Empfinden zeugt das vortreffliche Eilvernehmen mit seinen zahlreichen Arbeitern. Dank seinen weitreichenden geschäft-lichen Beziehungen ist ihm die Welt nicht fremd. Für die Be-dürfnisse des gerade in unserem Wahlkreise so regen gewerb-lichen Lebens hat er als Mann der Praxis tiefgehendes Ver-ständnis.

Hiernach ist:

### Herr Georg Reimann

der geeignetste Reichstagskandidat.

Alle bürgerlichen Parteien haben sich entschlossen, ihm ihre Stimmen zu geben. Sie alle wollen, ohne ihm das geringste Opfer von politischen Grundsätzen anzutun, im Bewußtsein einer vaterländischen Pflicht und in der Erkenntnis, daß die

### revolutionäre Sozialdemokratie

als verderblicher Feind jeder staatlichen Ordnung zu bekämpfen ist, rückhaltlos dem Mann unseres Vertrauens, wie vor zwei Jahren seinem braven Vorgänger, zum Siege verhelfen.

Infolge der einschneidenden Wirkung der von der Ma-jorität des Reichstages leider gegen den Willen der Libe-ralen beschlossenen Steuern geht ein Zug der Verärgerung und Verbitterung durch alle Schichten der Wähler. Die Sozial-demokratie sucht dies auszunützen und weckt Hoffnungen in den Verstimmten, die sich nie verwirklichen lassen. Die der bürger-lichen Gesellschaft angehörigen Wähler würden durch Wahlent-haltung oder Stimmenabgabe für den roten Genossen einen schweren Fehler begehen. Es gibt keinen schlimmeren Feind von Vaterland und Monarchie, keinen grausameren Zerstörer unserer Gesellschaftsordnung, als die revolutionäre Sozial-demokratie.

Deshalb ergeht für den Wahltag der Ruf:

Jede Zerspaltung, jede Verärgerung ist beiseite zu lassen, das große Ziel, das Wohl der Allgemeinheit, ist im Auge zu behalten!

Vorwärts für Vaterland, Freiheit und Volkswohl! An die Wahlurne mit dem Stimmzettel

## Georg Reimann.

### Der Vorstand des Vereins der Liberalen in Halle und dem Saalkreise.

Gustav Richter, Wolfgang Herzfeld, Rechtsanwalt. Ottomar Brehmer, Kaufmann. Franz Döhler, Kaufmann und Stadtverordneter. Carl Delius, Oberpostassistent. Cals Georg, Kaufmann. Sanitätsrat Dr. med. Herzau. August Knabe, Rentier und Stadtverordneter. Georg Leister, Mühlen-director. Paul Rede, Lehrer. Paul Schliack, Obermeister der Fleischerinnung. Dr. Louis Schönlicht, Bankier. Bernhard Leicher, Lederzurichter. Georg Ueber, Kaufmann und Stadtrat. Hugo Weber, Ingenieur. Julius Weighardt, Schlosser.

## An unsere Parteifreunde aller Stände in Halle und im Saalkreise!

Das Vaterland bedarf von neuem eurer politischen Einsicht und Tatkraft. Nie hat es vergeblich danach verlangt. In aller Erinnerung ist noch die glänzende Betätigung dieser beiden Charaktereigenschaften am 25. Januar 1907, wo es galt, in einem einzigen Ansturm der bürgerlichen Parteien unseren schönen Wahlkreis aus sozialdemokratischem Besitz zurückzugewinnen. Wie froh begrüßten damals die national fühlenden Wähler den ehelichen, wohlverdienten Sieg über die Umsturzpartei! Jetzt handelt es sich darum, das schwer Errungene zu behaupten. Um das zu erreichen, ist wieder ein einmütiger Zusammenschluß aller bürgerlichen Parteien nötig. Jeder einzelne von euch hat es sich selbst gesagt: So laßt uns in alter deutscher Treue daran gehen, das für richtig Erkannte in die Tat umzusetzen! Deshalb bitten wir dringend darum, daß alle unsere Parteifreunde in Halle und im Saalkreise schon jetzt in ihren Bekanntenkreisen offen und rückhaltlos für die Kandidatur des gemeinsamen reichstreuen Kandidaten

## Herrn Georg Reimann in Berlin

eintreten und am 26. November durch Abgabe des Stimmzettels dafür zu sorgen, daß dieser Kandidat als Reichstagsabgeordneter aus der Wahlurne hervorgeht.

### Das Vaterland über die Partei!

## Der Vorstand des konservativen Vereins für Halle und den Saalkreis.

Prof. Suchsland, Vorsitzender. Kaufmann Paul Mertens, Geschäftsführer. Bothe, von Wilow-Dieskau, von Carlsburg. Ebeling, Eiste-Beesen. Henze-Dölan. Theo Hegne. Hubbe-Kaltenmark. von Krosigk. Heinz Lehmann. Nordmann-Löbejün. Rottrodt-Pfeiffer. Dr. Raabe. Niesel-Beesenlaublingen. Schneider. Seyfarth-Beissen. Wagner. Walthers-Klein-Kugel. Winter-Cönnern.

## An die Wähler in Stadt und Land.

Am 26. November d. J. findet die Erziehung zum Reichstage statt. Im Jahre 1907 ist es der Einigkeit der bürgerlichen Parteien gelungen, der Sozialdemokratie den Sitz im Reichstag zu entreißen. Es gilt jetzt das durch den frühen Tod unseres verdienten Abgeordneten Carl Schmidt erledigte Mandat von neuem gegen den sozialdemokratischen Ansturm zu verteidigen.

Wieder haben sich alle auf nationalem Boden stehende Parteien geeinigt und den

## Fabrikanten Herrn Georg Reimann in Berlin

als ihren gemeinschaftlichen Kandidaten aufgestellt. Herr Reimann gehört, wie früher Carl Schmidt, der freisinnigen Volkspartei an, die in allen wichtigen Fragen und namentlich in dem Kampf um die Reichsfinanzreform Schulter an Schulter mit unseren nationalliberalen Freunden gestanden hat.

Es ist eine Ehrenpflicht der bürgerlichen Wähler aller Stände, das Mandat gegen die Sozialdemokraten zu behaupten. Wenn jeder seine Schuldigkeit tut, kann uns der Sieg nicht fehlen.

## Der Vorstand des nationalliberalen Vereins für Halle und den Saalkreis.

Dr. F. Reil, Mitglied des Hauses der Abgeordneten. Dr. E. Böning, Mitglied des Herrenhauses. E. Eise, Lic. D. Everling, Mitglied des Reichstages. E. Hündorf. Dr. Jacobsen. Fr. Liebau. Dr. Reinecke. W. Rüdiger. E. Stehmer. S. Wertger. Dr. S. Ulrichs.

## Bund der Landwirte!

Auf Grund des einstimmigen Beschlusses unserer Vertrauensmänner für Halle-Saalkreis bitte ich alle Mitglieder unserer wirtschaftlichen Vereinigung dringend, am 26. Nov. ihre Stimme dem Kandidaten der bürgerlichen Parteien

## Herrn Georg Reimann in Berlin

zu geben und die Wahlvorbereitungen für diese Kandidatur durch Rat und Tat zu unterstützen.

Handl-Beesen, Kreis-Vorsitzender.

## Wer ist Georg Reimann?

Der liberale Reichstagskandidat Stadtverordneter Georg Reimann-Berlin, dessen Wahl von sämtlichen ausschlaggebenden bürgerlichen Parteien unterstützt wird, ist am 25. August 1853 in Berlin geboren. Er erlangte auf der Handelshule das Berechtigungszeugnis zum einjährig-freiwilligen Heeresdienst. Seiner Militärpflicht genügte er beim 2. Garde-Ulanen-Regiment und brachte es bis zum Vize-wachmeister. Wegen seines Berufs verzichtete er auf die Wahl zum Reserveoffizier. Seit seinem 27. Lebensjahre ist er alleiniger Inhaber der von seinem Vater übernommenen Firma A. A. Reimann-Berlin. Er ist Mitglied der Corporation der Berliner Kaufmannschaft und läßt durch eine Anzahl Reisende ganz Deutschland, Holland, Belgien, die Schweiz, Oesterreich-Ungarn usw. bereisen. Innerhalb seines Gewerbebetriebes werden eine größere Anzahl Personen als kaufmännische bzw. technische Angestellte, sowie gelehrte und ungelernete Arbeiter beschäftigt, außerhalb seines Betriebes aber Hunderte von Personen als Heimgewerbetreibende. Er selbst hat jahrelang die erwähnten Länder geschäftlich bereist. Seit 12 Jahren gehört er der Berliner Stadtverordneten-

Verammlung war, und je gehört. Er einer Turne er wohl ver

Im Ka alle bürgerl Mittel erla

Das be Schrift des In derselben

„Der A demn das fi gelsten, die d Nur innerhe tampfes no sein.“

Das he hote der Sit an. Gorter

„Wo d tischen) die sie verlegen

Die G Recht der I

„Die W kampf treu

Ebenfo Sozialdemo bestätigt au Sozialdemo indem er sa



Bersammlung an, wo er sechs Jahre im Rechnungs-Ausschuß war, und jetzt dem Bau- und Bodenwesen-Kuratorium angehört. Er ist Ehrenmitglied des größten Turnvereins (Berliner Turnerschaft). Mit den ländlichen Verhältnissen ist er wohl vertraut. Die Bedürfnisse der landwirtschaftlichen

Bevölkerung sind ihm nicht fremd, und hat er auch stets Interesse bewiesen für die Lage des Handwerkerstandes. Daß er allen sozialpolitischen Fragen mit warmem Herzen gegenübersteht, bezeugt das gute Verhältnis zwischen ihm und seinen Angestellten und Arbeitern.



Georg Meimann.

## Sozialdemokratische Sittlichkeit.

Im Kampf gegen die politischen Gegner — und das sind alle bürgerlichen Parteien — ist den Sozialdemokraten jedes Mittel erlaubt.

Das beweist aufs schlagendste eine unlängst erschienene Schrift des holländischen Sozialdemokraten Hermann Gorter. In derselben sind folgende Sätze zu lesen:

„Der Klassenkampf tötet ein gut Teil der Sittlichkeit, denn das sittliche Gebot kann nicht einer Klasse gegenüber gelten, die die unsere zu vernichten oder zu schwächen versucht. Nur innerhalb der Klasse kann auf den Gebieten des Klassenkampfes noch von irgend einem sittlichen Gebote die Rede sein.“

Das heißt also: Die Sozialdemokratie erkennt die Gebote der Sittlichkeit allen anderen Parteien gegenüber nicht an. Gorter sagt das recht deutlich, wenn er schreibt:

„Wo das Interesse seiner Klasse (der Sozialdemokratischen) die Verletzung der sittlichen Gebote erfordert, wird er sie verletzen.“

Die Sozialdemokraten proklamieren sogar für sich das Recht der Treulosigkeit. Gorter meint:

„Die Arbeiterklasse wird oft dazu gezwungen, im Klassenkampf treulos, unwahrhaftig zu sein.“

Ebenso wie der Holländer Gorter, denkt der deutsche Sozialdemokrat Kautsky, einer der Führer der Partei. Er bestätigt ausdrücklich das Recht der Unehrllichkeit für die Sozialdemokratie allen Nichtsozialdemokraten gegenüber, indem er schreibt:

„Wir müssen Wahrheit, Gerechtigkeit und Sittlichkeit anerkennen als Regel unseres Verhaltens im Verkehr untereinander. Unter allen Kämpfern eines Heeres muß Wahrheit herrschen; wir dürfen den Genossen auch dann nicht die Unwahrheit sagen, wenn wir glauben, daß sie im Parteiinteresse liege . . . Aber es geht denn doch nicht an, eine Pflicht zur Wahrhaftigkeit allen Menschen gegenüber unter Umständen festzusetzen, etwa auch gegenüber Polizisten, die unsere Freunde verfolgen.“

Daß die obigen Ansichten nicht vereinzelt anzutreffen sind innerhalb der Sozialdemokratie bestätigt auch eine Äußerung des früheren sozialdemokratischen Schriftstellers Bernhard, der behauptet:

„Der Parteiführer dürfe und müsse lügen, nicht nur im Kampfe mit der Polizei und anderen Werkzeugen der Gewalt, sondern auch den Parteigenossen gegenüber. Die Führer haben das Recht, vor den Massen, die ja nur Herdentiere, nur unreife Kinder sind, anders zu sprechen, als sie denken.“

Derart ist die Partei, die hier im Wahlkampf gegen die vereinigten bürgerlichen Parteien auftritt. Wir sind der Meinung, daß alle bürgerlichen Elemente sich zusammenfinden müssen am Wahltag, damit nicht ein Mann mit solchen oder auch nur ähnlichen Anschauungen wie die angeführten, unsere Heimat in der Zukunft im Deutschen Reichstag vertritt.



### Sozialdemokratie und Landwirtschaft.

In Wahlzeiten umschwärmen die Sozialdemokraten auch die bäuerliche Bevölkerung und werben um ihre Stimmen. Wie stellt sich die Sozialdemokratie in Wirklichkeit zur Landwirtschaft?

Auf dem sozialdemokratischen Parteitage in Breslau wurde von dem „Eigentumsfanatismus der Bauernschaft“ höhnend gesprochen. Der sozialdemokratische Führer Kautsky sagte wörtlich folgendes:

„Für die Erhaltung des Bauernstandes einzutreten, haben wir keinen Grund, denn das könne nur geschehen, indem wir die Bauern in ihrem Besitz befestigen, also ganz entgegengesetzt verfahren als sonst.“

Man müsse den Bauern auch unangenehme Wahrheiten sagen. Ein sozialdemokratischer Redner, Ged-Offenbach, rief, dem Bauern seine „Affentliebe zum Privateigentum“ zu nehmen. Man müsse den Bauer belehren, daß er es auf seinem Privatbesitz zu nichts bringen könne.

Zur Kennzeichnung der Sozialdemokraten und deren Ansichten über die Landwirtschaft ist außerdem folgendes sehr geeignet:

1. Der „Vorwärts“, das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei, schrieb: „Uns kann es nicht in den Sinn kommen, den Privateigentums-Bestrebungen der Bauern auf Grund und Boden irgendwie förderlich zu sein. . . Privates Eigentum an Grund und Boden ist niemand zuzubilligen.“
2. Die sozialdemokratische „Sächsische Arbeiterzeitung“ schrieb: „Wir erklären nicht bloß den großen Gutsbesitzen, sondern auch dem kleinsten Bauernhause den Krieg.“
3. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Fischer sagte auf dem sozialdemokratischen Parteitage in Breslau: „Die Sozialdemokratie kann den Bauer erst gewinnen, wenn er von seinem Eigentum losgelöst und bankrott gemacht ist.“

So urteilt die Sozialdemokratie über die Landwirtschaft. Kein freihetlich denkender, seinen Besitz liebender Landwirt deshalb einem Sozialdemokraten seine Stimme geben.

### Ein sozialdemokratisches Urteil über die Genossen in Halle.

Im Mai d. J. schrieb das sozialdemokratische „Volkblatt“ für Anhalt über die Halle'schen Genossen: „Die Unduldsamkeit in unserer Parteipresse nimmt oft geradezu be-

schämende Formen an, so daß man sich mit Schrecken fragen muß: „Was würde das für ein Zustand werden, wenn diese Herrschaften einmal die Macht bekämen?“

### Das Handwerk und die Sozialdemokratie.

Die sozialdemokratische „Sächsische Arbeiterzeitung“ schrieb einstmal:

„Wir werden immer und überall bestrebt sein, den Untergang des Kleingewerbes zu beschleunigen.“ Und der Führer der Sozialdemokraten Engels sagte bereits im Jahre 1890:

„Wenn das Kapital die kleinen Handwerker und Kaufleute vernichtet, so tut es ein gutes Werk.“

### Die Sozialdemokratie und Handel und Gewerbe.

Wie die Sozialdemokratie über den Handelsstand denkt, hat der Abgeordnete Bebel in seiner Schrift „Ueber unsere Ziele“ klar und deutlich kundgegeben. In dieser Schrift heißt es:

„In der jetzigen Gesellschaft existiert eine große Klasse von Menschen — und zwar nicht die schlechteste gestellte — durch den Vertrieb der Produkte. Es ist dies eine Klasse von Leuten, die als Agenten, Krämer, Makler, kurz Zwischenhändler aller Art, ihre Existenz dadurch finden, daß ein Preisauschlag auf den Preis der Ware erfolgt, den der Konsument selbstverständlich bezahlen muß. Im sozialistischen Staat würde diese Klasse verschwinden.“

In seinem Buch „Die Frau“ erklärt Bebel, daß in einem sozialistischen Staat der gesamte Handel aufhören würde, er schreibt weiter, daß alle diejenigen, die bisher im Handel tätig gewesen sind, als „Parasiten“ von dem Arbeitsprodukt bezeichnet. In der Schrift über die Einrichtung des Zukunftsstaats, „Am Tage nach der sozialen Revolution“ von Karl Kautsky, wird in Übereinstimmung mit Bebel ausgeführt:

„Wir haben gesehen, daß das proletarische Regiment dem Kleinbetrieb dort, wo er den unvollkommenen Betrieb repräsentiert, meist ein rasches Ende bereiten wird, sowohl in der Industrie wie im Zwischenhandel.“

Kann nach alledem ein Handel- und Gewerbetreibender, gleichviel ob er Angestellter oder ein sein Gewerbe selbstständig Betreibender ist, einen Sozialdemokraten wählen?

Nur die allerdümmsten Räder wählen ihren Wegger selber!

## Was will die freisinnige Volkspartei?

Die freisinnige Volkspartei will Festigung der nationalen Einheit Deutschlands, Ausbau der politischen Freiheit, Hebung der Wohlfahrt des gesamten Volkes und aller seiner Glieder; sie will aber nicht, daß die Rechte der Volksvertretung, insbesondere das Geldbewilligungsrecht, angetastet werden.

Die freisinnige Volkspartei will Wahrung der Rechte des Volkes, der Wahlfreiheit, volle Gewissensfreiheit unter gleichem Rechte für alle Bekenntnisse;

sie will aber nicht, daß das geheime allgemeine, gleiche direkte Reichswahlrecht, die Versammlungs- und Vereinsfreiheit, die freie Meinungsäußerung in Wort und Schrift, die Gleichheit vor dem Gesetz, und zwar ohne Ansehen der Personen und der Partei, irgend welche Einschränkung erleiden;

sie will auch nicht Bevorzugung des Adels im öffentlichen Dienste.

Die freisinnige Volkspartei will Förderung der Volkswohlfahrt auf Grund der bestehenden Gesellschaftsordnung; sie will ferner eintreten für alle auf Hebung der arbeitenden Klassen

zielenden Bestrebungen, für alle eine friedliche Verständigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bezweckenden Einrichtungen, sie verlangt Ausbau der Arbeiter-schutz-Gesetzgebung, insbesondere zur Abwehr gesundheitschädlicher Anforderungen an die Arbeitskraft von weiblichen Personen, jugendlichen Arbeitern und Kindern;

sie will aber keinerlei falschen Sozialismus und keinerlei Bevormundung auf dem Gebiete des Erwerbs- und Verkehrslebens, wo es nicht das Gemeinwohl erfordert oder Abhilfe auf anderem Wege erreichbar ist, will keine Maßregeln, welche die Koalitionsfreiheit und die Freizügigkeit wiederum in Fesseln schlagen.

Die freisinnige Volkspartei will Hebung und Förderung von Handwerk und Gewerbe durch Fortbildungs- und Fachschulen, Lehrwerkstätten und Meisterkurse; Weiterentwicklung des Genossenschaftswesens, Innungsfreiheit, Bildung von Handwerker-, Gewerbes- und Gewerbevereinen. Beseitigung der durch Geschäftsanarbeit, ungewöhnliche Bestimmungen des Erwerbswesens, durch Beamten- und Offiziersvereine und





ähnlicher Gründungen und durch unfaulern Wettbewerb entstehenden Schädigungen; Verbilligung aller Rohstoffe (Eisen, Leder usw.).

**Die Freisinnige Volkspartei**

will Mehrung und Kräftigung des bäuerlichen Besitzes, Erleichterung des Erwerbs von Grund und Boden. Sie will wirksamen Schutz gegen Wildschaden, Erweiterung des landwirtschaftlichen Fachunterrichts, Pflege des freien landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens, Verbilligung aller Hilfsmittel zur Viehzucht usw. zugunsten des Bauern (Verbilligung des Futters, der Düngemittel, Sämereien, Geräte, Maschinen usw.), Schutz des Viehstandes durch vernünftige Seuchenmaßregeln usw.

**Die Freisinnige Volkspartei**

will im Steuersystem Gerechtigkeit und Schonung der Volkskraft, insbesondere zugunsten der weniger bemittelten Klassen. Sie erstrebt langfristige Handelsverträge zur Sicherung und Förderung unseres Absatzes auf dem Weltmarkt;

sie will aber keine Zoll- und Wirtschaftspolitik im Dienste von Sonderinteressen auf Kosten der Gesamtheit, keine Beeinträchtigung der Lebenshaltung der breiten Schichten des Volkes,

**Die Freisinnige Volkspartei**

will Erhaltung der vollen Wehrkraft des Reiches unter Schonung der wirtschaftlichen Interessen, dauernde Sicher-

stellung gegen eine mehr als zweijährige Dienstzeit der Fußtruppen, Vermeidung jeden unnützen Aufwandes beim Militär und bei der Marine.  
Sie will auch wirksame Maßnahmen gegen Soldatenmißhandlung und will keinerlei Abschlebung des Volkes in Waffen gegen die bürgerlichen Berufskreise.

**Die Freisinnige Volkspartei**

will nicht Revolution und nicht Reaktion, sondern Reform. Als eine wahrhaft nationale Partei will sie nur kämpfen unter dem Banner des Gemeinwohls; sie will nicht sein eine Partei des Großgrundbesitzes, der Großindustrie, auch nicht eine Partei nur der Arbeiter oder nur der Arbeitgeber, sondern sie will den friedlichen Ausgleich aller Stände und Berufsklassen, der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, der Bürger und Bauern, der Handwerker, der Fabrikanten, der Kaufleute und Beamten fördern.  
Alles dies erstrebt die Freisinnige Volkspartei

**in Treue gegen Kaiser und Reich.**

Wer das mit ihr will, der

**wähle freisinnig**

und trete am 26. November ein für unseren Kandidaten, den

**Stadtverordneten Georg Reimann, Berlin.**

**Versammlungen der Liberalen.**

Von der regen Tätigkeit der Liberalen im Wahlkreise geben die zahlreichen Versammlungen ein beredtes Zeugnis. Wir lassen nachstehende die Berichte über einige der wichtigsten Veranstaltungen folgen:

**Rothenburg.**

Am 31. Oktober fand in Rothenburg a. S. eine sehr gut besuchte liberale Wählerversammlung statt. Der Saal des Gasthof zum Schützen konnte bei weitem nicht die Besucher fassen; viele mußten sich mit Stehplätzen in den Vorräumen zufrieden geben. Die Sozialdemokraten waren ihrer neuen Parole gefolgt und nicht erschienen. Nur zwei Bericht-erstatler waren abgeordnet.

Die Leitung der Versammlung hatte Herr Kaufmann Georg-Halle. Herr Reichstagsabgeordneter Sommer sprach in 1½stündigem padenden Vortrage über das Programm der freisinnigen Volkspartei und die bevorstehenden Erziehungswahlen im Wahlkreise. Reichher, langanhaltender Beifall lohnte die vortrefflichen Ausführungen des Redners.

An der Diskussion beteiligten sich die Herren Pamppe, Dobrint, Nauck und Michaelis. Der Herr Vorsitzende bedauerte eingangs seiner Worte das Nichterscheinen des Herrn Reichstagskandidaten, der leider verhindert sei, sich aber in den nächsten Tagen wieder persönlich an der Wahlagitiation beteiligen werde. Nach dem äußerst beifällig aufgenommenen Schlußwort des Referenten ersuchte der Vorsitzende die anwesenden sozialdemokratischen Bericht-erstatler, wenigstens wahrheitsgemäß über den Besuch der liberalen Versammlungen zu berichten und nicht etwa von ein paar „Männleins“ zu sprechen, wie das stets bisher geschehen ist, wenn irgendwo sehr gut besuchte, eindrucksvolle Versammlungen stattgefunden haben. Nichts weiter als Verdrehung und Entstellung enthielten die sozialdemokratischen Berichte.

Mit einer warmen Empfehlung des Kandidaten und einem Kaiserhoch schloß der Vorsitzende die für die liberale Sache äußerst günstig verlaufene Versammlung.

**Dölan.**

Im Heideischlößchen zu Dölan fand am 1. November abends eine stark besuchte Wählerversammlung statt, die von Herrn Dobrint geleitet wurde. Herr Reichstagsabg. Rektor Sommer sprach in zweistündiger Rede über die politische Lage, wobei er die Lügen der letzten sozialdemokratischen Flugblätter widerlegte. Trotz der von der sozialdemokratischen Partei ausgegebenen Parole, die gegnerischen Versammlungen nicht mehr zu besuchen, hatten sich etwa 25 Genossen eingefunden, die hoffentlich die ihnen vom Abg. Sommer erteilten Ratschläge in Zukunft befolgen werden.

An der Diskussion beteiligten sich zwei Sozialdemokraten, die ihrer Partei wahrscheinlich einen größeren Dienst erwiesen haben würden, wenn sie ihre Weisheit für sich behalten hätten. Es war beiden vollständige Redefreiheit gewährt worden, sie waren aber mit ihren Kenntnissen schon nach wenigen Minuten zu Ende. Herr Verlagsbuchhändler Boussier zeigte in einer längeren Rede den Genossen die Unwahrhaftigkeit ihrer Partei, was den Herren wenig Freude zu bereiten schien. Nach einem Schlußwort des Herrn Abg. Sommer wurde die Versammlung, die der liberalen Sache sichtlich neue Anhänger gewonnen hat, kurz nach 11 Uhr geschlossen.

**Heideburg.**

Vom Verein der Liberalen wurde am 2. November eine Versammlung in Heideburg abgehalten. Der Besuch war ein guter, 150 Personen waren anwesend. Geleitet wurde die Versammlung von Herrn Oberpostassistenten Delius. Etwa 30 anwesende Sozialdemokraten versuchten nach bestanter Manier die Versammlung zu stören. Gleich zu Anfang, bevor noch die Einleitungsrede gehalten war, verlangten sie zur Geschäftsordnung zu sprechen, was abgelehnt wurde. Der Vorsitzende leitete die Versammlung ein, be-

agen die  
tie.  
ang  
den  
agte  
und  
nd  
entt,  
nfe  
chrift  
Klasse  
te  
Klasse  
kurz  
d, daß  
n der  
zialf.  
einem  
würde,  
andel  
robutt  
s Zu-  
von  
aus-  
Regi-  
voll-  
ches  
die im  
ender,  
selb-  
hlen?  
legger  
ständi-  
weden-  
Ar-  
r Ab-  
beits-  
n und  
s und  
werbs-  
fordert  
keine  
nd die  
verbe-  
en und  
schäfts-  
s, Ge-  
h Sub-  
te und

dauernd, daß der Kandidat durch Unpäßlichkeit am Erscheinen behindert sei. Herr Reimann werde aber Gelegenheit nehmen, sich noch persönlich den Wählern vorzustellen.

Als hierauf Generalsekretär Schumacher seinen Vortrag beginnen wollte, verlangten die Genossen stürmisch das Wort zur Geschäftsordnung. Auf die Ablehnung entstand ein wüster Lärm. Ein Genosse, der sich besonders in Schmähungen hervortat, wurde vom Vorsitzenden zur Ruhe gemahnt und als er weiter standalierte, zum Verlassen des Lokals aufgefordert. Unter wüstem Lärm verließen sämtliche anwesenden Sozialdemokraten das Lokal. Die Versammlung konnte nun, der ungebetenen Gäste ledig, einen ungehörten Verlauf nehmen.

Herr Schumacher behandelte in seinem Vortrag die wichtigsten Programmpunkte der freij. Volkspartei und die Stellung dieser Partei zur konservativen Partei. Hierbei besonders die Haltung der Partei bei der Reichsfinanzreform erörternd. Der Referent besprach dann in eingehender Weise die besonderen landwirtschaftlichen, gewerblichen und Arbeiterverhältnisse. Er geißelte die Anschauungen der Sozialisten, wofür ihm lebhafter Beifall gezollt wurde. Bekannte Aussprüche sozialistischer Größen über den Bauernstand verfehlten ihre Wirkung nicht.

In der Diskussion besprach Herr Schröder das Verhalten der Sozialdemokratie bei den Arbeiterfragen, die im Reichstage zur Behandlung standen. Die denkende Arbeiterschaft könne unmöglich Runert wählen.

In der weiteren Diskussion behandelte Herr Schumacher die besonderen Verhältnisse der Gemüsebau treibenden Landwirte. Herr Rede ermahnte zur Agitation und Aufklärung unter der Arbeiterschaft, während Herr Westram die Schreibweise der sozialdemokratischen Flugblätter ins richtige Licht rückte. Alle Redner ernteten Beifall.

Zum Schluß behandelte der Versammlungsleiter und Landtagskandidat Herr Delius noch einige in der Diskussion angeschnittene Fragen, welche in das Gebiet der Landespolitik fielen. Er trat u. a. ein für Schaffung besserer Verkehrsverbindungen auf dem Lande und bekannte sich als überzeugter Anhänger des allgemeinen direkten und geheimen Wahlrechts. Reicher Beifall wurde ihm gespendet. Für die liberale Sache war auch diese Versammlung ein Erfolg.

### Trotha.

Das Wahlkomitee der vereinigten liberalen Parteien hatte zu Mittwoch, den 4. November, abends, eine Wählerversammlung nach dem Gasthose zur Preussischen Krone in Trotha einberufen. Durch die Machinationen der Sozialdemokraten war es bekanntlich unmöglich geworden, den Saal des Lokales zum Kaffeegarten zu einer Versammlung zu erhalten. Es hatten sich eine größere Zahl Wähler der verschiedenen bürgerlichen Parteien nebst einem Angehörigen der demokratischen Vereinigung und der Sozialdemokratie eingefunden.

Die Referenten, die Herren Parteisekretäre Schumacher und Ebel aus Berlin, sprachen über die derzeitigen politischen Verhältnisse und wiesen die groben Unwahrheiten und Entstellungen des seither ausgegebenen Flugblattes der Sozialdemokraten gebührend zurück. Die Anwesenden spendeten den Rednern lebhaften Beifall.

An der Diskussion beteiligten sich neben einigen Mitgliedern des Vereins der Liberalen auch ein Vertreter der demokratischen Vereinigung. Er sprach in so ungezügelter Weise, daß die Versammelten nur mit Widerwillen dem Redner und seinen Ausführungen folgten. Im Schlußwort rechnete Parteisekretär Schumacher mit dem Redner ab, dabei lebhaften Beifall der Anwesenden erntend.

Es war gegen 1/2 12 Uhr, als die vorzüglich verlaufene Versammlung vom Vorsitzenden des liberalen Vereins, Herrn Rechtsanwalt Herzfeld, geschlossen wurde.

### Hauendorf.

Am Sonntag, den 7. November, abends 8 Uhr, hielt der Verein der Liberalen im Gasthaus Hergesell in Hauendorf eine überaus zahlreich besuchte Wählerversammlung ab. Leiter der Versammlung war wiederum Herr Delius.

Der Referent Herr Reichstagsabgeordneter Sommer fesselte durch seine padenden Ausführungen die Zuhörer. Es hat wohl selten eine derartig andächtig laufende Versammlung gegeben.

In der Diskussion meldete sich trotz wiederholter Aufforderung des Vorsitzenden niemand zum Worte. Nach langer Rede schloß der Versammlung blieben fast sämtliche Teilnehmer beisammen, wiederholt ihrer Freude über die Versammlung Ausdruck gebend. Seit vielen Jahren hat in Hauendorf keine politische Versammlung stattgefunden. In Zukunft möge man nun öfter kommen. Hier bietet sich ein dankbares Feld für die bürgerlichen Parteien.

### Wörmlich.

Die am 8. November in Wörmlich abgehaltene liberale Wählerversammlung erfreute sich eines guten Besuches, trotz der vor dem Lokal in langer Kette postierten Sozialdemokraten, die jeden Besucher zurück zu halten versuchten. Der Redner des Abends, Herr Reichstagsabgeordneter Kopsch, ging in glänzender Rede auf die Forderungen der freisinnigen Volkspartei ein, beleuchtete die Stellung der Partei bei der Beratung der Reichsfinanzreform und kritisierte in scharfen Worten das Gebahren der Sozialdemokraten im heftigen Wahlkampfe. Er zerstückte das Programm sowie die hierorts erschieneenen sozialistischen Flugblätter.

Am Schluß dieser fesselnden Rede forderte Herr Reichstagsabgeordneter Kopsch auf, am 26. November dem bürgerlichen Kandidaten, der für wahres Volkswohl, für Freiheit und Gleichheit aller Bürger im Staate eintritt, Herrn Stadtverordneten Reimann, die Stimme zu geben. Stürmischer minutenlangender Beifall folgte diesen Ausführungen.

Die Diskussion gestaltete sich durch die Beteiligung mehrerer freiheitlich-national denkender Arbeiter sehr interessant.

Nach dem trefflichen Schlußwort des Herrn Referenten schloß der Leiter Herr Rechtsanwalt Herzfeld mit einem Kaiserhoch die für den Liberalismus erfolgreiche Versammlung.

### Halle-Städ.

Am 9. November hielt der Verein der Liberalen für Halle und den Saalkreis im Süden der Stadt, in Brunner's „Bellevue“, eine öffentliche Wählerversammlung ab, die recht zahlreich besucht war. Auch ein Duzend Sozialdemokraten und ein halbes Duzend Demokraten hatten sich eingefunden.

Herr Reichs- und Landtagsabgeordneter Kopsch behandelte in temperamentvoller Rede die gegenwärtige politische Lage, speziell die bevorstehende Reichstagswahl in Halle-Saalkreis. Ganz besonders nahm er die sozialdemokratischen Flugblätter unter die Lupe, die bekanntlich diesmal an Verlogenheit das Menschenmögliche leisteten, und gab das alberne Zeug, das da auf dem Papier für leichtgläubige und kritiklose Gemüter zu lesen steht, dem Hohngelächter der Versammlung preis. Die Herren Sozialdemokraten — so mahnte der Redner — sollten doch mal mit ihrem eigenen Programm aufwarten und die einzelnen Forderungen vor der Öffentlichkeit auspacken; sie würden sicherlich mit den Ungereimtheiten bei allen denkenden Wählern schlechte Geschäfte machen. In der Praxis trete die Sozialdemokratie die Forderungen: Koalitionsfreiheit, Wahlfreiheit, Gewissensfreiheit und Freiheit der Forschung mit Füßen. Redner schloß mit einem zündenden Appell, am 26. November dem Kandidaten Reimann zum Siege zu verhelfen.

In der Diskussion sprachen nur zwei Demokraten, — die Sozialdemokraten hatten von Partei wegen Maulkorbzwang —, Herr Korrespondent Schulse und Herr Tischler Mode; sie versicherten, daß sie keinen Freisinnigen wählen könnten, es müsse eine neue Partei gegründet werden. „Meine Herren“, sagte Herr Mode, „es müssen heute abend mal ein paar Mann dableiben, damit wir endlich mit der großen neuen Partei anfangen können!“ Wer es blieb keiner da, und die große neue Partei ist auch jetzt noch in Halle ungegründet.

Im Schlußwort wies der Herr Vorsitzende, Rechtsanwalt Herzfeld, auf Schillers Gedächtnistag hin und pries ihn als den Sänger der Freiheit, der Einigkeit und der Vaterlandsliebe. Mit einem Hoch auf Vaterland und Kaiser schloß die interessante Versammlung.



# Einladung

zur

## Oeffentlichen Wählerversammlung

in

### Lettin

Sonnabend, den 13. November ex., abends 8 Uhr  
im Gasthof des Herrn Hübner.

Referent: Herr Reichstagsabgeordneter Sommer.

Alle Freunde der Kandidatur des Herrn Georg Reimann sind eingeladen.

Der Vorstand.

---

# Einladung

zur

## Oeffentlichen Wählerversammlung

in

### Hohenthurm

Sonntag, den 14. November ex., abends 7 Uhr

im

Gasthof des Herrn Emil Gehre.

Referent: Herr Parteisekretär Kuhle, Hagen.

Alle Freunde der Kandidatur des Herrn Georg Reimann sind eingeladen.

Der Vorstand.

# Einladung

zur

## Oeffentlichen Wähler-Versammlung in Niemberg

Sonntag, den 14. November cr., abends 7 1/2 Uhr  
im Gasthof Hirsch am Bahnhof.

Referent: Herr Reichstagsabgeordneter Sommer.

Alle Freunde der Kandidatur des Herrn Georg Reimann sind eingeladen.

Der Vorstand.

# Einladung

zur

## Oeffentlichen Wähler-Versammlung in Brachstedt

Sonntag, den 14. November cr., nachmittags 3 1/2 Uhr  
im Gasthof des Herrn Mennike.

Referent: Herr Reichstagsabgeordneter Sommer.

Alle Freunde der Kandidatur des Herrn Georg Reimann sind eingeladen.

Der Vorstand.

## Oeffentliche Wählerversammlung in Halle

Montag, den 15. November cr., abends 8 1/2 Uhr

### Germania-Säle,

Gr. Steinstraße 27-28.

Referent: Reichstagsabgeordneter Sanitätsrat Dr. Mugdan.

Dito Wendel, Halle-S.

